

Rangliste der Pressefreiheit 2015 Autoritäre Regime verschärfen Informationskontrolle

Man könnte denken, dass sich die autoritärsten und am stärksten abgeschotteten Staaten der Welt damit zufrieden geben, Nachrichten und Informationen streng zu kontrollieren. Doch sie haben ihre Methoden der Zensur und Unterdrückung von Informationen noch weiter verschärft. Obwohl sie bereits am Ende der Rangliste der Pressefreiheit stehen, sind die Punktzahlen von 15 der 20 letztplatzierten Staaten weiter gesunken. Wie schaffen sie es, sich noch weiter zu verschlechtern?

Verschärfung des Nachrichtenmonopols

In **Nordkorea** (Rang 179), **Eritrea** (Rang 180), **Turkmenistan** (Rang 178) und **Usbekistan** (Rang 166) fordert nur eine Handvoll Journalisten die umfassende Informationskontrolle der Regierung heraus. Um Neuigkeiten aus dem Land zu schmuggeln, riskieren die Medienvertreter zum Teil Leib und Leben. Insgesamt sind solche „schwarzen Löcher der Information“ zwar eher selten. Doch vielen Regimen dienen sie als Vorbild.

In **Dschibuti** (Rang 170) werden die Mitarbeiter des einzigen unabhängigen Nachrichtenportals *La Voix de Djibouti* systematisch verfolgt. In **Äquatorialguinea** (Rang 167) erscheint die verbliebene Handvoll privater Zeitungen nur noch sporadisch. Eine Vielzahl willkürlicher Festnahmen von Journalisten und die Beschlagnahmung von 50 Zeitungsausgaben, darunter sogar Exemplare regierungsnaher Zeitungen, prägten das Jahr 2014 im **Sudan** (Rang 174). Darüber hinaus hat die Regierung eine Vorzensur eingeführt: Ein neu gegründetes Gremium, das dem Informationsministerium untersteht, prüft dort alle zum Thema Korruption eingereichten Artikel und entscheidet, ob sie veröffentlicht werden dürfen oder nicht.

Auch in **Kasachstan** (Rang 160) gibt es wieder Vorzensur, die im Falle von Aufruhr, Streik oder Massendemonstration für alle Medien gilt. Nachdem die kasachischen Behörden vor zwei Jahren die wichtigsten Oppositionsmedien verboten haben, scheinen sie jetzt entschlossen zu sein, ihr Wiederaufleben zu verhindern. Nur wenige Monate nach ihrer Gründung wurden drei regierungskritische Zeitungen 2014 geschlossen.

Aserbaidshon (Rang 162) hat so gut wie jeden Ansatz von Pluralismus in dem Land ausgemerzt. Willkürliche Anklagen, die Verfolgung von Mitarbeitern und durch die Behörden herbeigeführte finanzielle Probleme zwingen die letzten unabhängigen Medien zur Aufgabe. In **China** (Rang 176) hat die Kommunistische Partei eine Reihe neuer Verbote erlassen. Sie verbieten Journalisten unter anderem, „unerlaubte Kritik“ zu äußern.

Staatliche Kontrolle über das Internet

Nachdem die traditionellen Medien unter Kontrolle gebracht sind, gilt es nun, die Freiheit im Internet zu beschränken. Die meisten autoritären Staaten wussten zunächst nicht, wie sie auf das Internet und seine Möglichkeiten, die Zensur zu umgehen, reagieren sollten. Mittlerweile haben jedoch die meisten den Rückstand aufgeholt und schöpfen das Potenzial des Internets für die Kontrolle umfassend aus – zum Teil mithilfe westlicher Überwachungstechnologien.

Aufgrund seiner „Great Firewall“ bleibt **China** ein Vorreiter der Internetzensur. Sowohl die Proteste der Hongkonger Demokratiebewegung Occupy Central wie auch das Gedenken an den 25. Jahrestag des Tiananmen-Massakers wurden nahezu vollständig unterdrückt. Anfang Juni 2014 wurden alle Begriffe im Zusammenhang mit dem Tiananmen-Jahrestag in Suchmaschinen zensiert und von Mikroblogging-Webseiten regelmäßig entfernt. Der Zugriff auf alle Google-Dienste wurde zu etwa 90 Prozent blockiert – Gmail inbegriffen.

Der **Iran** (Rang 173) verfolgt weiterhin die Idee eines „nationalen Internets“, trotz technischer Schwierigkeiten und einer gewissen Zurückhaltung, die aus der Erkenntnis resultiert, dass der digitale Bereich wirtschaftliche Gewinne abwirft. Die Festnahme von 12 Internetnutzern wegen ihrer Kommentare auf WhatsApp, Viber und Tango zeigte, dass die Internetpolizei der Islamischen Republik Zugang zu Nachrichten bestimmter mobiler Apps hat.

Obwohl **Kuba** (Rang 169) seit ein paar Jahren an das Glasfasernetz angeschlossen ist, bleibt der Internetzugang noch immer sehr begrenzt und äußerst kostspielig. Das Internet wird scharf reguliert. Unabhängige Nachrichtenwebseiten aus dem Ausland können nur in wenigen Hotels mit ausländischen Touristen gelesen werden und sind ansonsten komplett gesperrt.

Viele Staaten sperren Webseiten mittlerweile ohne Gerichtsbeschluss und die meisten Zensoren können Homepages, die ihre IP-Adresse ändern, oder Virtuelle Private Netzwerke problemlos blockieren. Nachdem die Zensur von Seiten zunächst willkürlich stattfand, haben die meisten autoritären Regime mittlerweile Gesetze erlassen, die einen rechtlichen Rahmen für die Beschränkung der Online-Aktivitäten bieten.

In **Kasachstan** hat sich die Regierung selbst ermächtigt, Netzwerke oder Kommunikationsmittel zu blockieren. Usbekische Behörden folgen dem Beispiel Russlands und setzen Bloggern einen engen strafrechtlichen Rahmen. In **Belarus** (Rang 157) wurden die sozialen Netzwerke und Mikroblogging-Plattformen der Kontrolle durch das Informationsministerium unterstellt. Mit Anklagen wegen „Internetkriminalität“ werden in **Saudi-Arabien** (Rang 164) und **Bahrain** (Rang 163) lange Haftstrafen gegen regierungskritische Blogger verhängt.

Während sie einerseits Gesetze erlassen, mit denen sie die Zensur legitimieren, handeln viele repressive Regime gleichzeitig jenseits der Gesetze. Das wichtigste Nachrichtenportal für

Usbekistan, *Uznews*, musste seine Arbeit einstellen, nachdem sich Hacker Zugang zum Postfach seiner Chefredakteurin verschafft und Dokumente veröffentlicht hatten, die das Netzwerk der Korrespondenten offenlegten. Unabhängige Nachrichtenseiten wie *64 Tianwang* in **China** oder die *Nuba Reports* im **Sudan** werden regelmäßig zur Zielscheibe von Cyber-Angriffen. Das nordkoreanische Regime soll innerhalb von zwei Jahren die Anzahl seiner beauftragten Hacker verdoppelt haben.

Inhaftierung von Dissidenten

Die meisten repressiven Regime sehen sich genötigt, auch die letzten noch in Freiheit lebenden Dissidenten und Kritiker zu inhaftieren. In **China** zählen inzwischen auch die bekannte Journalistin Gao Yu, der Online-Aktivist Huang Qi, der Cyber-Dissident Xu Zhiyong sowie der uigurische Blogger Ilham Tohti zu den rund Hundert inhaftierten Medienschaffenden.

Die Verhaftung der führenden investigativen Journalistin Khadija Ismajilova in **Aserbaidtschan** (Rang 162) zeigt, dass das autokratische Regime von Ilham Alijew jegliches Maß verloren hat. Willkürliche Festnahmen, die andere Journalisten zur Flucht aus dem Land drängten, machten **Aserbaidtschan** 2014 zum größten Gefängnis für Journalisten in Europa. Auch in **Vietnam** (Rang 175), **Bahrain** und **Saudi-Arabien** zählen Verhaftungen zum Alltag von Bürgerjournalisten und Bloggern.

In **Iran**, **China** und **Eritrea**, den größten Gefängnissen der Welt für Journalisten und Informationsaktivisten, bleiben die Gründe für die Festnahmen und die Aufenthaltsorte der Gefangenen oft unbekannt. In iranischen Gefängnissen sind viele Häftlinge krank, werden jedoch nicht medizinisch versorgt. Seit seiner Verhaftung im Juli 2014 hat Jason Rezaian, der wegen nicht näher benannter Vorwürfe an einem unbekanntem Ort festgehalten wird und vorübergehend in Isolationshaft saß, etwa 30 Kilogramm Gewicht verloren.

In **Eritrea** werden die meisten inhaftierten Journalisten so wie Dawit Isaak nie vor Gericht gestellt. Statt in Zellen werden einige von ihnen in Schiffscontainern mitten in der Wüste eingesperrt, in beengten Verhältnissen und unter unerträglichen hygienischen Bedingungen. In **Syrien** (Rang 177) darf man angesichts der Grausamkeiten des Islamischen Staates nicht vergessen, dass mindestens 30 Journalisten und Blogger in den Gefängnissen des Assad-Regimes ausharren und systematisch gefoltert werden. Unter ihnen ist auch der seit über drei Jahren inhaftierte Mazen Darwish, der 2012 den ROG-Preis für Pressefreiheit erhielt.

Schwere Gewalt durch Sicherheitskräfte

Gewalt durch Polizeikräfte ist besonders schlimm in **Vietnam**. Am 2. November wurde etwa der unabhängige Journalist Truong Minh Duc von acht Polizisten angegriffen und musste drei Wochen später noch immer auf der Intensivstation behandelt werden.

Auch in **Aserbaidtschan** müssen kritische Journalisten und Blogger mit extremer Gewalt rechnen. Einer der wenigen unabhängigen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten in der Autonomen Republik Nachitschewan, Ilgar Nasibov, wurde am 21. August in seinem Büro brutal angegriffen. Immer öfter setzt die Polizei kriminelle Schläger für ihre schmutzige Arbeit ein, manchmal auch in koordinierten gemeinsamen Aktionen.

Im **Iran** wurden Dutzende von Häftlingen, darunter auch Journalisten und Blogger, brutal verprügelt und in Einzelhaft gesperrt, nachdem sie zuvor gegen eine unrechtmäßig durchgeführte Großrazzia im Trakt 350 des Evin-Gefängnisses protestiert hatten.

Selbst vor archaischen Strafen kein Halt

In **Saudi-Arabien** und im **Iran** werden Journalisten und Aktivisten oft zu mittelalterlichen Strafen verurteilt. Nachdem er die saudischen Behörden zur Einhaltung von Grundfreiheiten angemahnt hatte, wurde etwa Raif Badawi, Gründer des Diskussionsforums *Liberal Saudi Network* und Gewinner des ROG-Preises 2014, zu zehn Jahren Haft und 1000 Stockschlägen verurteilt. Auch in der Islamischen Republik **Iran** ist die Prügelstrafe üblich. Mehr als 50 Journalisten und Blogger mussten sie dort in den letzten fünf Jahren über sich ergehen lassen. Unter den bislang letzten Fällen sind die Fotojournalisten Abass Khalil und Emami Alipour. Im August 2014 wurden sie auf Antrag eines örtlichen Beamten, den sie kritisiert hatten, zu 25 bzw. 50 Peitschenhieben verurteilt.

In **China** strahlen Fernsehsender wieder häufiger erzwungene „Geständnisse“ aus: Nach Chen Yongzhou im November 2013 wurden auch die Journalisten Gao Yu und Xiang Nanfu gezwungen, öffentlich „Selbstkritik“ zu üben. Die Äußerungen wurden im Mai 2014 im Fernsehen gesendet.

An **Sri Lanka** (Rang 165) umstellten am 18. Mai Hunderte von Soldaten die Redaktionsräume der Zeitung *Uthayan*, da das Blatt an dem Tag mit einer Sonderbeilage des Massakers an tamilischen Zivilisten durch das Militär fünf Jahre zuvor gedachte. Die Zeitung *Thinakkural* wurde ebenfalls umstellt. Durch die systematische Behinderung der Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die die Medien unterstützen, greift die sri-lankische Regierung die Grundlagen des Journalismus an. In **Aserbaidtschan** gingen die Behörden sogar noch weiter: Dort haben sie im letzten Sommer die wichtigsten NGOs zur Unterstützung der Medien einfach aufgelöst.